

Motive des Pegida-Protests: Verbreitung, Struktur und Entwicklung unter dem Einfluss der „Flüchtlingskrise“

Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband¹

1. Die Dynamik des Pegida Protests

Pegida entstand aus einer nicht öffentlich sichtbaren Facebook-Gruppe am 11.10.2014. Dem ersten öffentlichen Aufruf zu Demonstrationen in der Dresdner Innenstadt folgten am 22.10.2014 ca. 300-350 Personen. Von dann an stieg die Zahl von Woche zu Woche geradezu explosionsartig an und erreichte am 12.01.2015 mit ca. 17.000 bis 25.000 Teilnehmern ihren Höhepunkt.² Wenig später setzten auch erste systematische Forschungsbemühungen ein. Bereits am 22.12.2014 und am 05.01.2015 kam es unter der Leitung von Hans Vorländer zu Pilot-Befragungen, die Haupterhebung folgte kurz danach am 12.01.2015 (vgl. Vorländer et al. 2015, 2016).³

Am gleichen Tag führten ebenfalls ein Team unter der Leitung von Dieter Rucht (Rucht et al. 2015) sowie ein Team des Göttinger Instituts für Demokratieforschung (Geiges et al. 2015) Befragungen unter den Teilnehmern durch. Wenig später kam Werner Patzelt mit Erhebungen (die später Bestandteil einer umfassenden Befragungsserie wurden) hinzu (vgl. Patzelt 2016). Die von den unterschiedlichen Teams eingesetzten Samplingstrategien und Befragungsverfahren variieren. Mündliche face-to-face-Befragungen mit standardisierten Fragen gehören ebenso dazu wie Online-Erhebungen und Gruppendiskussionen (vgl. die Übersicht in Reuband 2015). Eine offene Frage zu den subjektiven, von den Befragten verbalisierten Beweggründen der Teilnahme stellte im Rahmen einer (ansonsten mit standardisierten Fragen durchgeführten) Befragung lediglich Vorländer.⁴

Die Kundgebung am 12.01.2015 nimmt in der Geschichte des Pegida-Protests eine Sonderstellung ein. Nicht nur, dass mehrere Forschungsteams aktiv waren, entscheidender ist an dieser Stelle: keine andere Pegida-Kundgebung hat jemals wieder so viele Menschen vereint. Und die Entwicklung der Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen hatte zu dieser Zeit ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Zwar hatte es Steigerungen gegeben, und weitere wurden – auch in Dresden – erwartet.⁵ Doch die Schätzungen der Zuwanderungszahlen hielten sich noch auf einem relativ moderaten Niveau. Noch Anfang des Jahres 2015 erwartete man bundesweit nicht mehr als 300.000 Flüchtlinge und Asylbewerber (immerhin ein Plus von 50 % gegenüber dem Vorjahr). Bereits im März wurden die Schätzungen jedoch auf mehr als das Doppelte des vorherigen Jahres – auf 500.000 – aufgestockt.⁶ Und wenig später wurde es allgemein offenbar, dass es auch bei dieser Zahl nicht bleiben wird.

Dass sich die Zahl gegen Ende des Jahres gar auf rund eine Million belaufen würde, war zum Zeitpunkt der Erhebungen, die von Hans Vorländer und den anderen Teams durchgeführt wurden, jedenfalls nicht vorhersehbar, und es war auch kein Thema der öffentlichen Diskussion. Die Menschenschlangen an den Grenzen waren nicht Bestandteil der täglichen Bilder in den Medien wie wenige Monate später in der zweiten Hälfte des Jahres. Und entsprechend hielt sich in der Bevölkerung das Ausmaß der Beunruhigung, auch wenn es zwischenzeitlich gestiegen war, in Grenzen (vgl. Reuband 2017: 113).

Nachdem die Pegida-Kundgebungen nach einem rasanten Anstieg am 12.01.2015 ihren Höhepunkt erreicht hatten, folgte – von vielen Beobachtern unerwartet – ein Absturz. Die Zahl der Teilnehmer sank auf weniger als 2.000 Personen – aufgrund interner Querelen in der Organisation, dem (vorübergehenden) Rücktritt von Lutz Bachmann als Organisator und aus anderen Gründen. Und eine Zeitlang schien es, als wäre das Ende von Pegida damit besiegelt. Doch diese Phase hielt nicht lange an. Wenig später setzte ein neuer Aufschwung ein (vgl. Berger et al. 2016: 120f.), als Folge – so wird weithin vermutet –

dessen Repräsentanz bezogen auf die Gesamtheit der Teilnehmer unbekannt ist.

⁵ Dies hatte auch die Stadt Dresden nicht unberührt gelassen. So hatte sie im Juni 2014 damit begonnen, sich auf steigende Flüchtlingszahlen vorzubereiten und einen Budget-Mehrbedarf von 7,5 Millionen für die Einrichtung neuer Asylunterkünfte geltend gemacht (Vorländer et al. 2016: 6)

⁶ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13865241/Laender-rechnen-mit-bis-zu-500-000-Asylbewerbern.html>, Zugriff 28.03.2018

¹ Der Autor ist Professor für Soziologie (em.), Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

² Divergierende Schätzungen seitens der Polizei und Dieter Rucht. In der Folgezeit hat die Gruppe „Durchgezählt“ regelmäßig systematische Zählungen unternommen (vgl. Berger et al. 2016). Diese sind bei Pegida inzwischen jedoch eingestellt worden.

³ Aufgrund der Vorläufer-Erhebungen des Vorländer-Teams kann man deren Untersuchung mit gewissem Recht als erste Untersuchung zu Pegida bezeichnen (es war zudem auch die erste, die über Ergebnisse in der Öffentlichkeit berichtete).

⁴ Die Göttinger Studie (Geiges et al. 2015) bietet ergänzende, qualitativ ausgerichtete Befunde aus Gruppendiskussionen. Die Angaben können in diesem Fall jedoch nicht auf die Befragten der quantitativ ausgerichteten Online-Befragung bezogen werden. Es handelt sich um ein eigenständiges Sample,

der „Flüchtlingskrise“, die zwischenzeitlich massiv eingesetzt hatte und die Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen schnell ansteigen ließ.

Die „Flüchtlingskrise“ „rettete“ Pegida, wie nicht wenige Kommentatoren meinen. Und Kundgebungen mit bekannten Rednern trugen das Ihrige dazu bei, machten die Pegida-Veranstaltungen zu einem „Event“, das wieder größere Teilnehmerkreise anzog. Im Oktober 2015 – anlässlich des Jahresjubiläums – waren es fast wieder so viele Menschen wie am 12.01.2015. Doch dies blieb ein singuläres Ereignis. Die bei dieser Veranstaltung erzielten Teilnehmerzahlen wurden in der Folgezeit nicht mehr erreicht. Sie pendelten sich auf ein Niveau zwischen 4.000 und 8.000 Personen ein und sanken in dem Maße wie sich die Flüchtlingssituation zu entspannen schien – gegen Ende des Jahres 2015/Beginn des Jahres 2016 – schließlich auf 2.000 bis 3.000 Personen (vgl. Berger et al. 2016: 121, Reuband 2017: 115).

Heutzutage sind es weit weniger Menschen, die sich noch zu den Kundgebungen in Dresden einfinden. Eine systematische Zählung, wie sie eine Zeitlang von der Gruppe „Durchgezählt“ durchgeführt wurde, gibt es leider nicht mehr. Von einem erneuten Wachstum ist nichts zu erkennen. Gleichwohl: Keine andere Bewegung hat es vermocht, in der Bundesrepublik eine derartige Dauerinstitutionalisierung des Protests – nahezu jeden Montag in der Woche – zu etablieren. Und dies über einen Zeitraum von mehr als drei Jahren. Aus dieser Sicht nimmt Pegida unter den Protestbewegungen der Nachkriegszeit in Deutschland eine Sonderstellung ein.

2. Änderungen in der sozialen Zusammensetzung und der Motivation?

Die Analysen der Pegida-Dynamik gingen bisher der Frage nach der sozialen Zusammensetzung der Teilnehmer und ihren sozialen und politischen Orientierungen nach. Sie dokumentieren – mit Ausnahme des Alters⁷ – eine weitgehende Konstanz in der Zusammensetzung und den Orientierungen im Verlauf des Jahres 2015. Danach sind Männer und höher Gebildete überproportional vertreten. In ihrem Selbstverständnis stehen die Befragten politisch mehrheitlich in der Mitte bis rechts, mit starker Affinität zur AfD. Sie weisen mehrheitlich ein rechtspopulistisches, aber kein rechtsextremes Einstellungsprofil auf. Die Mehrheit wählte früher die CDU und versteht sich als Anhänger der Demokratie (Patzelt 2016, 2018, Reuband 2016a, 2017, 2018).

⁷ Das Durchschnittsalter der Teilnehmer scheint längerfristig angestiegen zu sein, vgl. Reuband (2016a: 56)

Erst relativ spät, gegen Ende des Jahres 2015/Beginn des Jahres 2016 scheint sich (einer Erhebung vom April 2016 zufolge)⁸ schließlich verstärkt eine Akzentverlagerung in den Orientierungen der Teilnehmer vollzogen zu haben: auf einen härteren Kern von Personen hin, die politisch weiter rechts angesiedelt sind und gegenüber dem Islam eine negative bis feindliche Haltung einnehmen (Reuband 2017: 117ff.). Inwieweit diese Entwicklung als eine Folge der Schrumpfung auf kleinere Teilnehmerzahlen anzusehen ist oder aus einer inhärenten Dynamik des Protests erwächst, ist eine offene Frage. Womöglich üben beide Faktoren einen Einfluss aus.

Mag auch in der sozialen Zusammensetzung und der Rekrutierung im Verlauf des Jahres 2015 zunächst die Kontinuität überwiegen, so kann sich doch die Motivlage im Lauf der Zeit geändert haben. Zur Motivlage der Befragten – hier verstanden als subjektive Gründe für die Teilnahme an den Pegida-Kundgebungen – gibt es freilich kaum empirische Befunde. Einzig Hans Vorländer ging der Thematik mittels einer offenen Frage nach. Auf diese Frage hin gaben (im Rahmen von Mehrfachnennungen) 71 % Unzufriedenheit mit der Politik als wichtigen Grund an, 35 % Kritik an den Medien bzw. der Öffentlichkeit und 31 % Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern. Vorbehalte speziell gegenüber Muslimen oder dem Islam nannten in diesem Zusammenhang gerade mal 15 % der Befragten (vgl. Vorländer et al. 2015: 59, 69, Vorländer et al. 2016: 67). Der Wert steigt zwar leicht an, wenn man die vielschichtigen Nennungen zusammenführt, gelangt aber über einen Anteil von rund einem Viertel nicht hinaus (Vorländer et al. 2016: 67).

Daraus wurde gefolgert, dass nicht der Islam oder eine mutmaßliche Islamisierung des Abendlandes, sondern eine in „verschiedenartiger Weise artikulierte Unzufriedenheit mit der Politik“ das Hauptmotiv für die Teilnahme an Pegida Demonstrationen bildet (Vorländer et al. 2016: 66). Vor allem aufgrund der vermeintlichen Irrelevanz des Islams kamen in der öffentlichen Diskussion schnell Zweifel an der Aussagekraft der Untersuchung auf, standen die Ergebnisse doch so sehr im Gegensatz zum selbstproklamierten Selbstverständnis von Pegida als Bewegung gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ und den Reden, die auf den Versammlungen häufig zu hören waren.

Doch in der kritischen Diskussion über die Ergebnisse der Untersuchung wurden zwei Dinge allzu oft übersehen (z.T. mitbegünstigt durch die Akzentset-

⁸ Es ist die letzte in der Serie der bisherigen Pegida-Erhebungen.

zung der Autoren, welche die Politikverdrossenheit als Motiv zu sehr betonten):

(1) In die Antworten auf die Frage nach den wichtigsten Gründen der Teilnahme gehen primär die Motive ein, denen die Befragten eine hohe Priorität einräumen. Wer den Islam nicht nennt, kann ihn sehr wohl als Problem wahrnehmen. Er gewichtet ihn nur nicht so hoch. Oder er mag ihn in abstrahierender Weise zu einem Problem der Asylpolitik oder der Zuwanderung erklären und entsprechend globaler umschreiben. Wie sehr der Islam oder die Zuwanderung als Problem wahrgenommen wird, kann nur mittels weiterer, vertiefender Fragen ermittelt werden. Auf solche Fragen musste Vorländer jedoch aufgrund der Gegebenheiten seiner Erhebung (Kurzinterviews im Rahmen von face-to-face-Befragungen) verzichten.

(2) Vorländers Untersuchung weist beträchtlich mehr migrationsbezogene Kritik auf Seiten der Befragten aus, als es zunächst den Eindruck hat: nämlich dann, wenn man die Kritik an der Asyl- und Integrationspolitik nicht als Ausdruck von Politikunzufriedenheit versteht und darunter subsumiert, sondern ebenfalls als migrationsbezogene Kritik begreift. Unter diesen Umständen – so wurde bereits anlässlich der Veröffentlichung angemerkt (Reuband 2015: 142) – sind die Werte mit Migrationsbezug erheblich höher anzusetzen. Dies gilt womöglich auch für die Islamkritik: sofern die Befragten die Flüchtlinge und Asylbewerber in der damaligen Zeit – vor dem eigentlichen Anschwellen der Flüchtlingswelle – primär als Muslime wahrnahmen. Ob dies der Fall war oder in dieser Phase eher an Migranten aus Osteuropa gedacht wurde, die seinerzeit noch einen nennenswerten Teil der Asylbewerber bildeten, sei dahingestellt.

Im Folgenden soll auf der Basis eigener Erhebungen, die am 14.12.2015 und am 06.02.2016 unter Teilnehmern des Pegida-Protestes in Dresden durchgeführt wurden⁹, der Frage nach den Protestmotiven, ihrer Struktur und ihrem Wandel nachgegangen werden. Dabei knüpfen wir an die Untersuchung von Hans Vorländer an und übernehmen weitgehend dessen Schema zur Klassifikation der selbstverbalisierten Motive (vgl. Vorländer et al. 2015).¹⁰ Im Gegensatz zu seiner Erhebung begnügen wir uns nicht mit der offenen Frage nach den Gründen der Teilnahme, sondern erfassen zusätzlich mittels standardisierter

Fragen und Statements die Einstellungen zum Islam, zur Zuwanderung und zur Politik.¹¹ Dadurch sind wir in der Lage, über die selbstverbalisierten Motive hinauszugehen und sie zugleich mit dem Einstellungsprofil der Befragten in Beziehung zu setzen.

Drei Fragestellungen stehen im Vordergrund der folgenden Diskussion:

(1) Welche Motive werden von den Befragten für ihre Teilnahme genannt? Und wie sehr haben sich diese verändert? Wurden im Gefolge der Flüchtlingskrise des Jahres 2015 zunehmend Vorbehalte gegenüber Flüchtlingen und der Asylpolitik vorgebracht, und trat die Unzufriedenheit mit der Politik als Motiv dadurch in den Hintergrund? War die häufige Nennung politischer Unzufriedenheit in der Vorländer-Untersuchung also ein Sonderfall, der den Zeitumständen geschuldet ist?

(2) Wie sehr spiegeln sich in den Antworten der Befragten ihre Einstellungen zur Politik, zur Zuwanderung und zum Islam wider? Sind diejenigen, die den Islam als Grund ihrer Pegida-Teilnahme nicht erwähnen, ihm weniger kritisch gegenüber eingestellt als diejenigen, die ihn nennen? Und wie verhält es sich mit denen, die allein die Zuwanderung oder den Islam, aber nicht die Unzufriedenheit mit der Politik als Beweggrund ihres Protestes bezeichnen? Sind sie politisch zufriedener als die übrigen Befragten?

(3) Wie groß ist der Einfluss der selbstverbalisierten Motive und der durch Fragen und Statements erfassten Einstellungen auf die Bewertung der Parteien? Sind es die selbstverbalisierten Motive oder die mittels standardisierter Fragen erhobenen Einstellungen, die den größeren Einfluss entfalten, oder sind beide gleichermaßen bedeutsam?

3. Methodisches Vorgehen

Dass Menschen der von ihnen wahrgenommenen Realität gemäß handeln und sich dessen bewusst sind, gehört zum Selbstverständnis unterschiedlicher theoretischer Ansätze in den Sozialwissenschaften –

⁹ Die Untersuchung wurde dankenswerterweise finanziell gefördert von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

¹⁰ Zugrundegelegt wurden die Kategorien, die in der Publikation ausgewiesen sind, partiell ergänzt durch weitere von uns vorgenommene Differenzierungen.

¹¹ Im Übrigen war es Vorländer und seinem Thema durchaus bewusst, dass mit der offenen Frage zu den Gründen der Teilnahme nur ein erster Schritt getan ist und es für eine umfassendere Erforschung der Einstellungen vor allem geschlossener Fragebatterien bedarf (Vorländer et al. 2015: 57). Sich eines derartigen Instrumentariums zu bedienen, wäre freilich unter den gegebenen Erhebungsmodalitäten ihrer Studie – im Rahmen einer face-to-face-Befragung vor Ort – praktisch unmöglich gewesen. Schließlich wurden die Teilnehmer auf dem Weg zur Veranstaltung kontaktiert. Diese waren bemüht, schnell zum Veranstaltungsort zu kommen, längere Befragungen hätten sie davon abgehalten.

vom symbolischen Interaktionismus¹² bis zum Rational-Choice-Ansatz. Und es gehört auch zur Praxis der Politikforschung, so z.B. wenn in den Exit-Polls nach den Gründen der Wahlentscheidung gefragt wird. Natürlich mag man einwenden, dass Beweggründe mitunter eher unterschwellig und nicht bewusst einwirken (daran dürften auch die Vertreter der oben genannten Ansätze nicht zweifeln). Entscheidender ist hier, dass den obigen Konzeptionen zufolge sich in Situationen der Entscheidung die verschiedenen Einflüsse in einer Motivkonstellation bündeln und diese den Einzelnen in seinem Verhalten bewusst leitet.

Erfragt werden in Umfragen die Gründe üblicherweise mittels der Formulierung, warum man sich für oder gegen etwas entschieden habe. Bei Sachverhalten, die neu sind und/oder über die man bislang wenig weiß – etwa bei sich neu formierenden Protestbewegungen – ist für diese Zwecke methodisch eine offene Frage am geeignetsten: schließlich verfügt man als Forscher noch nicht über hinreichendes Wissen, um geschlossene Fragen mit ausdifferenzierten und realitätsgerechten Antwortoptionen vorgeben zu können.¹³ Je nach Komplexität des Sachverhalts ist zwar – worauf Paul F. Lazarsfeld bereits früh hingewiesen hat (1935) – bei Fragen nach den Gründen ein abgestuftes Vorgehen mittels „reason analysis“ angeraten, derzufolge die Entwicklung als Abfolge einzelner, in sich abgeschlossener Phasen begriffen wird und diese zum eigenständigen Gegenstand der Analyse gemacht werden. Im Fall von Pegida sind die Verlaufsprozesse insgesamt jedoch weniger komplex, weswegen die „einfache“ Frage nach den Gründen der Teilnahme sehr wohl eine sinnvolle und praktikable Herangehensweise darstellt.¹⁴

¹² Wenn Menschen eine Situation als real definieren, ist sie real in ihren Konsequenzen, heißt es z.B. bei William I. Thomas (1928/1965). Wählt man ein qualitatives Verfahren der Befragung – wie im symbolischen Interaktionismus nicht unüblich – beschränkt man sich gewöhnlich nicht auf die zuerst gegebenen Antworten, sondern fragt weiter. Je nach theoretischer Ausrichtung geschieht dies ausführlicher oder weniger ausführlich, neigt man zu einem Tiefeninterview oder bevorzugt die narrative Erzählung. Ungeachtet dessen aber wird den verbalisierten Begründungen ein herausgehobener Stellenwert eingeräumt.

¹³ Zum Problem offener und geschlossener Fragen und den Stellenwert der Angaben bei offenen Fragen siehe Schuman (2011: 30-62).

¹⁴ Zu erfragen wären allenfalls neben den Push-Faktoren die Pull-Faktoren, also: warum Pegida und nicht andere Strategien oder Bewegungen/Parteien? Im vorliegenden Fall werden, wie Vorländers Untersuchung und auch unsere Untersuchung zeigt, vor allem die Push-Faktoren genannt. Klassische Studien, die den Prinzipien der „Reason Analyse“ folgen, stellen die Untersuchungen von P.H. Rossi „Why families move“ (1955) sowie von Charles Kadushin „Why people go to psychiatrists“

Untersuchungen, welche die selbstverbalisierten Motive in Umfragen auf ihren Realitätsbezug hin prüfen, sind selten. Dass die Begründungen nicht völlig von der Realität abgehoben sind, belegt – bei einem anderen Thema – ein Vergleich der Antworten auf die offene Frage mit den Antworten auf Fragen zu den Lebensbedingungen der Befragten. Danach bringen Klassikliebhaber, die im Rahmen einer schriftlichen Befragung nach den Gründen für ihren seltenen oder fehlenden Opernbesuch gefragt werden, am häufigsten das Argument „keine Zeit“ und „zu hohe Kosten“ vor. Prüft man diese Begründungen anhand der in der Umfrage gemachten Angaben zu frei disponibler Zeit und den Einkommensverhältnissen, zeigt sich: Wer fehlende Zeit nennt, hat in der Tat überproportional wenig freie Zeit. Und wer die Kosten als Hindernisgrund nennt, verfügt über ein geringeres Haushaltseinkommen als Personen, die dieses Argument nicht vortragen (Reuband 2008: 25).

Im Fall unserer Thematik würde man analog erwarten, dass die selbstverbalisierten Motive mit den jeweiligen Einstellungen eng korrelieren. Je stärker jemand einem vorgegebenen Statement zustimmt, desto eher müsste sich das Argument auf der Ebene der verbalisierten Gründe wiederfinden. Wer den Islam als Bedrohung ansieht, müsste dies häufiger als Grund seiner Teilnahme am Pegida Protest nennen als jemand, der dem Islam keine oder eine nur schwache Bedrohung zuschreibt. In ähnlicher Weise müssten sich die Verhältnisse im Fall politischer Unzufriedenheit darstellen.

Das Vorgehen der Vorländer-Untersuchung und unserer Untersuchung ähnelt einander in der Auswahl der Befragten. Sie wurden jeweils *vor* Beginn der Kundgebung an den Zugängen zum Veranstaltungsort unter systematischen Zufalls Gesichtspunkten kontaktiert. Während bei Vorländer die Befragung nach der Kontaktaufnahme vor Ort mündlich face-to-face stattfand, wurde in unserem Fall den kooperationsbereiten Teilnehmern ein Umschlag mit Fragebogen, Rücksendeumschlag und Anschreiben übergeben. Der Fragebogen war zu Hause zu beantworten und konnte portofrei zurückgesandt werden.

Die Ausschöpfungsquote der Vorländer-Untersuchung betrug 36 % (Vorländer et al. 2016: 56) – ein Wert, der in der Umfrageforschung heutzutage nicht als atypisch gesehen werden kann und kein Zeichen für minderwertige Qualität ist (Reuband 2015: 135f.).

(1969) dar. Zur „Reason Analyse“ vgl. Kadushin (1968). Heutzutage werden Sequenzen von Verhaltensabläufen und Einstellungen eher über Panelstudien ermittelt, diese können jedoch die „Reason Analyse“ nicht oder nur bedingt ersetzen.

Im Fall unserer Erhebung nahmen rund zwei Drittel der angesprochenen Personen den Fragebogen an, und rund 40 % von ihnen sandten ihn ausgefüllt zurück. Auch dieser Wert ist höchst zufriedenstellend, er liegt höher als es bei Befragungen zu Protestveranstaltungen üblich ist (vgl. Reuband 2016a: 54). Von einer selektiven Teilnahme, welche die Zusammensetzung der Befragten maßgeblich beeinträchtigt und ein falsches Bild vermittelt, ist in beiden Studien nicht auszugehen.¹⁵ Der härtere Kern rechtsradikaler Teilnehmer dürfte zwar unterrepräsentiert sein, aber er dürfte nur einen kleineren Teil der Teilnehmer darstellen. Die Erhebung von Vorländer umfasst 397 Befragte. Die Zahl der Befragten in unserer Befragung, für die Angaben zu den Gründen der Teilnahme vorliegen, beläuft sich auf 548 Personen.¹⁶

4. Selbstverbalisierte Motive

Die Frage in Vorländers Untersuchung und unserer zu den Gründen der Teilnahme ist identisch: „Warum nehmen Sie an der Pegida-Kundgebung teil?“ Der Interviewer in der Vorländer-Untersuchung versuchte dann die wichtigsten Gründe zu erfassen, desgleichen hieß es bei uns ergänzend „Was sind die wichtigsten Gründe?“ Die Frage war in beiden Untersuchungen als offene Frage konstruiert, die Befragten konnten sich dazu ausführlicher oder stichwortartig äußern, und die meisten Teilnehmer machten davon Gebrauch.

In beiden Untersuchungen wurden in der Regel mehrere Nennungen abgegeben, in der Vorländer-Untersuchung durchschnittlich 2.5 (Vorländer et al. 2016: 67), in unserer Untersuchung 3.1. Dass in unserer Untersuchung die Zahl höher liegt, hat seine Ursache vermutlich weniger in den zwischenzeitlich gewandelten sozialen und politischen Verhältnissen¹⁷, als in der Befragungssituation selbst: in einer schriftlichen Befragung, bei welcher der Fragebogen zu Hause ausgefüllt wird, haben die Befragten mehr

Zeit als in einer mündlichen face-to-face-Befragung, die im Freien und auf dem Weg zur Kundgebung stattfindet.¹⁸

Je mehr Zeit zur Verfügung steht, um Beweggründe zu benennen, desto größer dürfte die Zahl der Nennungen sein, und desto häufiger dürften auch weniger bedeutsame Gründe aufgeführt werden. Angesichts dessen halten wir es methodisch für geraten, beim Vergleich mit der Vorländer-Untersuchung zunächst die ersten drei Antworten in unserer Umfrage heranzuziehen und erst dann die Gesamtzahl der Nennungen. Dabei gehen wir davon aus, dass die zuerst genannten Gründe subjektiv einen höheren Stellenwert im Kalkül der Befragten einnehmen und am ehesten mit den Antworten in der Vorländer-Untersuchung gleichgesetzt werden können.

Tabelle 1: Unzufriedenheit mit der Politik (Mehrfachnennungen in % der Befragten)

	Vorländer-Umfrage	Eigene Umfrage	
		Bis drei Nennungen	Insgesamt
Allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik	20	} 29	} 39
Unzufriedenheit mit dem politischen System der Bundesrepublik	21		
Allgemeine Distanz zwischen Volk und Politikern	26	23	29
Unzufriedenheit mit der Außen- und Sicherheitspolitik	6	14	28
Unzufriedenheit mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik	8	10	16
Unzufriedenheit mit der Asylpolitik	26	27	32
Unzufriedenheit mit der Zuwanderungs- und Integrationspolitik	17	18	25

Quelle: Vorländer et. al. (2015: 62); Erhebung des Verfassers.

Prozentuierung in dieser und den folgenden Tabellen jeweils auf die Gesamtheit der Befragten hin (nicht auf die Zahl der Nennungen). In der eigenen Erhebung Differenzierung in: erste drei Nennungen sowie Nennungen insgesamt.

¹⁵ Die Tatsache, dass die Älteren in unserer Erhebung stärker vertreten sind als in der Vorländer-Untersuchung, dürfte keine grundsätzlichen Veränderungen in den Antwortmustern hervorgebracht haben. Dies belegen Aufgliederungen nach den Hauptmotiven in unserer Untersuchung. Auffällig ist allenfalls, dass im Bereich der migrationsbezogenen Motive die Asylpolitik etwas eher von den Jüngeren thematisiert wird, der Islam etwas eher von den Älteren.

¹⁶ Befragte, die in der vorhergehenden Erhebung dazu bereits befragt wurden, sind aus der Analyse ausgeklammert.

¹⁷ Denkbar wäre z.B. ein gestiegenes Bedürfnis der Rechtfertigung in einer Zeit, in der Pegida zunehmend in die öffentliche Kritik geraten ist und gesellschaftlich weithin missbilligt wird (zur Wahrnehmung und Missbilligung von Pegida vgl. Reuband 2016b: 173ff.).

¹⁸ Womöglich hat es ebenfalls einen Effekt, dass den Befragten in unserer Umfrage fünfeinhalb Zeilen zur Verfügung standen, in der Vorländer-Untersuchung hingegen dem Interviewer lediglich zwei, plus vorgegebene Kategorien für die Einordnung der Antworten (vgl. Vorländer et al. 2016, Anhang). Letzteres müsste eigentlich dem Effekt, der aus der Begrenztheit der Zeilen erwächst, entgegenwirken. Ergänzt man in unserer Untersuchung zur Berechnung eines Durchschnittswertes die Zeilenzahl fünfeinhalb um eine weitere Zeile für diejenigen, die entweder weitere Zeilen einfügten oder ein Zusatzblatt für die Darlegung ihrer Motive verwendeten, so kommt man auf ein arithmetisches Mittel von 3.9 beschriebenen Zeilen.

Was ergibt der Vergleich auf der Ebene der thematisch zusammengefassten Nennungen? Wählt man zunächst die Nennungen mit politischem Bezug aus und setzt sie mit den Ergebnissen unserer Erhebung in Beziehung, ergeben sich – wie man *Tabelle 1* (hier Rubrik: bis drei Nennungen) entnehmen kann – große Ähnlichkeiten. Die Struktur der Begründungen bleibt über die Zeit hinweg im Wesentlichen gleich.¹⁹ Leichte Verschiebungen deuten sich allenfalls im Urteil über die Außen- und Sicherheitspolitik an (wobei in unserer Erhebung nahezu gleich oft eine Kritik an der NATO, an den USA und eine zu negative Haltung gegenüber Russland thematisiert wurde). In diesem Fall sind die Nennungen in unserer Erhebung etwas häufiger als in der Vorländer-Untersuchung, was den zunehmenden Spannungen und Sanktionen im Gefolge der Ukraine-Krise geschuldet sein mag. Differenziert nach der Reihenfolge der Nennungen, zeigt sich, dass die Außen- und Sicherheitspolitik in der Regel nicht zu den ersten als vielmehr zu den späteren Nennungen zählt. Dies spricht für eine gewisse Nachrangigkeit der Thematik. Gleichwohl: der Zuwachs in der Häufigkeit der Thematisierung bei Berücksichtigung der übrigen Nennungen ist auffällig und findet sich nicht in vergleichbarer Weise bei anderen Themen wieder.

Tabelle 2: Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern (Mehrfachnennungen in % der Befragten)

	Vorländer-Umfrage	Eigene Umfrage	
		Bis drei Nennungen	Insgesamt
Sorge vor Identitätsverlust und „Überfremdung“	6	16	19
Sorge um sozioökonomische Nachteile	8	7	11
Vorbehalte gegenüber Muslimen bzw. dem Islam	15	17	26
Sorge um hohe Kriminalität von Asylbewerbern	7	5	9

Quelle: Vorländer et al. (2015: 69), Erhebung des Verfassers.

Besonders bemerkenswert und bedeutsam in unserem Zusammenhang ist, dass die Unzufriedenheit mit der Asylpolitik und mit der Zuwanderungs- und Integrationspolitik im Zeitverlauf praktisch auf dem gleichen Niveau verbleibt, sich also trotz massiv steigender Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen keine

¹⁹ Im Fall der allgemeinen politischen Unzufriedenheit und der Unzufriedenheit mit dem politischen System liegen die Nennungen oftmals so dicht beieinander und sind nicht immer trennscharf, dass wir uns – anders als Vorländer – für eine Zusammenfassung in einer Kategorie entschieden haben. In diesem Fall kann ein direkter Vergleich nicht angestellt werden.

Aufwertung dieses Themenbereichs ereignet hat. Was die Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern angeht – *Tabelle 2* –, so zeigen diese im Vergleich ebenfalls eine weitgehende Übereinstimmung. Dies betrifft die Vorbehalte gegenüber Muslimen bzw. dem Islam, die entweder global oder spezifisch auf der Ebene von Werten und Verhaltensweisen ausformuliert sind. Und es betrifft die Sorge um Kriminalität und Terror. Einzig die Rubrik „Sorge um Identitätsverlust und Überfremdung“ (Nennungen wie „unsere Kultur bewahren“, „man muss sich wieder als Deutscher fühlen“) weicht davon ab und verzeichnet einen gewissen Bedeutungszuwachs, was womöglich z.T. in Reaktion auf gestiegene Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen zu sehen ist.

Tabelle 3: Kritik an Medien und der Öffentlichkeit (Mehrfachnennungen in % der Befragten)

	Vorländer-Umfrage	Eigene Umfrage	
		Bis drei Nennungen	Insgesamt
Unzufriedenheit mit Berichterstattung der Medien	21	} 10	} 18
Protest gegen Diffamierung von Pegida	18		
Kritik an wahrgenommenen Sprechverböten und öffentlichem Diskurs	7	3	6

Quelle: Vorländer et al. (2015: 66), Erhebung des Verfassers.

Ein dritter Themenkomplex betrifft die Medien und die Öffentlichkeit (*Tabelle 3*). Rund 35 % der Befragten in der Untersuchung von Vorländer nennen diesen Bereich, meist verknüpft mit dem Vorwurf der Einseitigkeit und tendenziöser Berichterstattung an die Medien. In den Fällen, wo lediglich von der Öffentlichkeit die Rede ist, dürften Befragte oftmals ebenfalls an den medialen Diskurs gedacht haben, so dass man die beiden Bereiche vermutlich als nahezu äquivalent ansehen und zusammenfassen kann. In unserer Erhebung nannten bei bis zu drei Nennungen 12 % den Themenkomplex Medien bzw. Öffentlichkeit, unter Einschluss aller Nennungen beläuft sich der Anteil auf 22 %. Es handelt sich um einen Wert, der deutlich unter dem der Vorländer-Untersuchung liegt und bedeuten könnte, dass die Thematik im Zeitverlauf leicht an Bedeutung verloren hat.

Wer die mediale Darstellung als Beweggrund auführt, zählt wider Erwarten nicht zu den Personen, die sich der Mediennutzung enthalten. Im Gegenteil: unsere Untersuchung zeigt, dass sie sogar überproportional häufig täglich oder fast täglich eine Zeitung (meist eine Lokalzeitung) lesen. Unter denen,

welche Kritik an den Medien als Motiv angaben, bekundeten 63 %, täglich oder fast täglich eine Zeitung zu lesen. Unter denen, die dieses Motiv nicht nannten, waren es 58 %. Die kritische Haltung gegenüber den etablierten Medien führt offenbar nicht zum Verzicht auf deren Nutzung, sondern bedeutet in den meisten Fällen immer noch eine Beibehaltung des Mediengebrauchs, wenn auch vermutlich mit einem etwas distanzierten Blick.

Ein vierter Themenkomplex, der als solcher bei Vorländer nicht ausgewiesen ist, betrifft Pegida – dazu zählen Nennungen wie „ein Zeichen setzen“, „Mächtige wachrütteln“, „um etwas zu verändern“, „hier wird Klartext gesprochen“, „es gibt keine echte Opposition“ etc. Welche Gründe ursprünglich den Anstoß zur Teilnahme bildeten, bleibt entweder offen oder ergibt sich aus den sonstigen Erwähnungen. Dass Befragte lediglich Pegida als Grund ihrer Teilnahme aufführen, ist eher die Ausnahme. Alles in allem könnte man die Pegida-Nennungen ebenfalls als Ausdruck einer Unzufriedenheit mit dem politischen System werten, wobei im Einzelnen offen bleiben muss, ob sich darin eher der Bereich der allgemeinen Politikunzufriedenheit widerspiegelt oder die Unzufriedenheit mit der Asyl- und Zuwanderungspolitik.

Und wie verhält es sich im Gesamttextkorpus mit der Thematisierung von Asylpolitik, Migration, Zuwanderung und Islam sowie den Problemen, die mit der Zuwanderung verknüpft sind? Kombiniert man die verschiedenen Nennungen thematisch zu größeren Subgruppen, so ergibt sich (*Tabelle 4*): Fragen der Zuwanderung (einschl. Asylpolitik, Integrationspolitik) werden in Kombination mit Nennungen, die sich auf andere Aspekte der Politik beziehen, von nahezu der Hälfte der Befragten aufgeführt. Fragen der Zuwanderung ohne Politikbezug nennen 22 %. Nahezu gleich viele äußern Motive, die sich auf eine Unzufriedenheit mit der Politik beziehen. Und 12 % listen sonstige Motive auf, beziehen sich auf Pegida, die Medien und/oder die Öffentlichkeit.

Tabelle 4: Kombination der Motive „Unzufriedenheit mit der Politik“ und „Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern“ (in % der Befragten)

Zuwanderung und Politik	45
Zuwanderung (ohne Politik)	22
Politik (ohne Zuwanderung)	21
Sonstiges	12
Gesamt	100

Zuwanderung =einschl. Asylpolitik, Islam, Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern; *Politik* =allein oder in Kombination mit Pegida, Medien bzw. Öffentlichkeit; *Sonstiges* = Pegida, Medien bzw. Öffentlichkeit

Die Zahl derer, die ausschließlich politische Unzufriedenheit äußern, ohne zugleich Fragen der Zuwanderung oder der Asylpolitik zu thematisieren, stellen nach diesen Befunden also eine Minderheit dar. Und anzunehmen ist angesichts der Konstanz der Verteilungen über die Zeit, dass ähnliches auch schon in der Vorländer-Erhebung vom Januar 2015 der Fall war. Dies spricht dafür, der politischen Unzufriedenheit als Alleinstellungsmerkmal auch schon in der Frühphase von Pegida einen eher geringen Stellenwert zuzuschreiben. Mag auch allgemeine politische Unzufriedenheit ein Element sein, dass zum Protest motiviert, so scheint es doch notwendig, dass ein konkreter Anlass existiert (und sei es nur in Form eines wahrgenommenen zukünftigen Problems), der die Bürger beunruhigt. Der Glaube, sich nicht anders politisch Gehör verschaffen zu können – er dürfte bei politischer Entfremdung eine umso größere Rolle spielen –, wird unter diesen Umständen zu einem gewichtigen verstärkenden Faktor, der die Menschen auf die Straßen treibt.

5. Selbstverbalisierte Motive und Einstellungen

Wie eng ist der Zusammenhang zwischen selbstverbalisierten Motiven und Einstellungen, die sich in den Antworten auf standardisierte Fragen und Statements ergeben? Wie sehr sagt die Nennung des Zuwanderungsthemas etwas über die Einstellungen zu Zuwanderern aus? Und wie sehr spiegelt sich in der Nennung politischer Motive eine entsprechende Verbreitung politischer Kritik wider? Rechnet man mit den Antworten zu politischen Fragen, einzeln oder in Form einer Skala, so zeigt sich: der Zusammenhang zwischen politischer Unzufriedenheit, wie sie mit den standardisierten Fragen ermittelt werden, und dem selbstverbalisierten Beweggrund politischer Unzufriedenheit (ohne Asylpolitik) ist schwach. Die Beziehungen gehen zwar des Öfteren in die erwartete Richtung, jedoch erreichen die Korrelationen selten einen Wert nahe $r=.15$. Und sie sind meist nicht signifikant.

Geht man spezifischer vor – korreliert z.B. die Kritik an der Politik gegenüber den USA oder Russland auf der Einstellungsebene mit der entsprechenden Nennung der Politik gegenüber den USA bzw. Russland in der offenen Frage – werden die Korrelationen zwar etwas stärker, aber bleiben weiterhin schwach. Dies gilt selbst dann, wenn man sich auf die zuerst genannten Beweggründe bezieht und die anderen Nennungen auslässt. Ein ähnliches Muster resultiert, wenn man sich dem Bereich der Zuwanderung und des Islams zuwendet. Auch hier gilt, dass die Bezie-

hungen schwach sind: dass diejenigen, die den Islam als Grund ihrer Teilnahme nennen, sich kaum von denen unterscheiden, die ihn nicht nennen.²⁰

Man kann diese Nicht-Übereinstimmung von Antworten auf die offene Frage mit den Antworten auf die geschlossenen Fragen/Skalen ebenfalls *Tabelle 5* entnehmen, in der die Kombination der Nennungen Grundlage der Darstellung ist. Danach unterscheiden sich die Befragten in den einzelnen Subgruppen in ihren Einstellungen zu Zuwanderung/Muslimen und

Tabelle 5: Zustimmung „voll und ganz“ zu Aussagen über Islam/Muslime, Politik in Abhängigkeit von Kombination der Motivnennungen (Mehrfachnennungen in % der Befragten)

	Zuwanderung und Politik	Zuwanderung	Politik	Sonstiges
Islam ist eine Bedrohung für Deutschland	87	91	80	79
Zuwanderung von Muslimen sollte untersagt werden	35	48	32	38
Moscheebau sollte in Deutschland verboten werden	69	73	69	66
Desinteresse der Politiker an Meinungen der Leute	73	73	72	64
Verlass auf Aussagen der Politiker	2	3	2	3
Desinteresse der Parteien an Ansichten der Wähler	71	67	70	56

Motivnennungen: „Zuwanderung“ bzw. „Politik“: jeweils einschl. Kombinationen mit Medien/Öffentlichkeit; „Sonstiges“: Medien und/oder Öffentlichkeit

Frageformulierungen: „Bitte geben Sie für jede Aussage an, wie sehr Sie ihr zustimmen oder sie ablehnen ... Der Islam ist eine Bedrohung für Deutschland; Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden; Der Bau von Moscheen sollte in Deutschland verboten werden; Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken; Auf das, was Politiker sagen, kann man sich im allgemeinen verlassen; Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“

Antwortkategorien: „Stimme voll und ganz zu, Stimme eher zu, Stimme eher nicht zu, Stimme überhaupt nicht zu“ [Hier: „stimme voll und ganz zu“].

²⁰ So korreliert die Nennung des Islams als Grund des Pegida-Engagements mit dem Statement, dass der Islam eine Bedrohung für Deutschland sei, lediglich $r = .16$ ($p < 0,001$). Ähnlich schwach der Zusammenhang mit dem Statement, dass man die Zuwanderung von Muslimen nach Deutschland untersagen sollte.

zum Bereich der Politik nur marginal (in der Tabelle auf eine Auswahl der Fragen bezogen und beschränkt auf die Zustimmung „voll und ganz“ einer vierstufigen Skala). So sind diejenigen, die lediglich Politikunzufriedenheit als Grund nennen und keinen Bezug zu der Zuwanderung oder der Asyl- und Integrationspolitik herstellen, zu 80 % „voll und ganz“ der Meinung, dass der Islam eine Bedrohung für Deutschland sei. Ähnliche Diskrepanzen finden sich, wenn man diejenigen betrachtet, die nur das Zuwanderer-Thema als Grund angeben: auch sie äußern mehrheitlich Unzufriedenheit mit der Politik und zeichnen sich durch ein ähnliches Maß an Politikverdrossenheit aus wie diejenigen, die lediglich politische Unzufriedenheit als Motiv aufführen.

Und wie wirken sich die selbstverbalisierten Motive und die mittels standardisierter Fragen/Skalen erfassten Einstellungen aus? Dazu ziehen wir die Angaben zur Parteienbewertung als abhängige Variable heran – erfasst über Skalometerfragen, bei denen die Parteien auf einer Skala zwischen -5 und +5 zu bewerten waren. Als unabhängige Variablen verwenden wir neben den selbstverbalisierten Motiven die Einstellungen zur Zuwanderung und Indikatoren für die Unzufriedenheit mit der Politik (beides erfasst über mehrere Indikatoren, die zu einer Skala zusammengefasst sind).

Wie man nachfolgender *Tabelle 6* entnehmen kann, wirken sich in der Bewertung der Parteien am stärksten die Einstellungen aus, die über die jeweiligen Skalen erfasst wurden. Dabei gilt, dass sich die Politikverdrossenheit, gefolgt von der Einstellung zur Zuwanderung, bei der Bewertung von CDU, SPD und FDP am stärksten auswirkt. Bei der Bewertung der Grünen und der Linken spielt hingegen die Einstellung zur Zuwanderung die größere Rolle. Und bei der Bewertung von AfD und NPD gilt, dass ausschließlich die Bewertung der Zuwanderung Einfluss nimmt.

Während die kritische Einstellung zur Zuwanderung der Wertschätzung von CDU, SPD, FDP, Grünen und Linken abträglich ist, kommt sie der Wertschätzung von AfD und NPD zugute – was nicht verwundert: bilden doch beide Parteien den radikalen Gegenpol in Fragen der Asylpolitik und Zuwanderung. Desgleichen ist wenig erstaunlich, dass die Bewertung der CDU – dicht gefolgt von der SPD – besonders stark von der Politikunzufriedenheit beeinflusst wird: bildeten sie doch in der Zeit der Befragung gemeinsam die Regierung. Und die Unzufriedenheit mit der Politik entzündet sich normalerweise bevorzugt am Regierungshandeln.²¹

²¹ Die Zuwanderungsthematik scheint insbesondere im Fall der CDU gegenüber der Politikverdrossenheit von einer eher se-

Tabelle 6: Einfluss selbstverbalisierter Motive und der Einstellungen auf die Bewertung von Parteien (beta Koeffizienten der OLS Regressionsanalyse).

– Zeilenweise Anordnung der Werte –

	Unzufriedenheit mit Politik		Problem Zuwanderung		R ²
	(1)	(2)	(1)	(2)	
CDU	-.11**	-.30***	.07	-.10*	.14
SPD	-.07	-.24***	.03	-.21***	.13
FDP	-.09*	-.15**	.08	-.10*	.05
Grüne	-.01	-.12**	-.07	-.25***	.10
Linke	.03	-.11*	-.05	-.28***	.12
AfD	.04	-.02	.04	.30***	.09
NPD	-.04	.02	.04	.22***	.06

Paarweiser Ausschluss von Werten

(1) Selbstverbalisierte Motive: Unzufriedenheit mit der Politik bzw. Probleme der Zuwanderung (Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern, Asyl-/Integrationspolitik, Islam/Muslime etc.) (Nein=0, Ja=1)

(2) Einstellungen, erfasst über Skala für Unzufriedenheit mit der Politik bzw. Skala für Probleme der Zuwanderung (Operationalisierung siehe Frageformulierungen)

Frageformulierungen:

Bewertung der Parteien: „Wie bewerten Sie die nachfolgenden Parteien auf der Skala von -5 bis +5? -5 bedeutet, dass sie Ihnen sehr unsympathisch ist, +5 bedeutet, dass sie Ihnen sehr sympathisch ist. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Bitte beurteilen Sie jede der Parteien.“ [Hohe Wert auf Skalometer =Positive Bewertung]

Unzufriedenheit mit der Politik: Skala auf der Basis der Faktorenwerte für die Items „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken; Auf das was Politiker sagen, kann man sich im allgemeinen verlassen; Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht; Die Interessen der Bürger werden von der Politik ausreichend berücksichtigt.“ [Hoher Wert auf Skala =Unzufriedenheit]

Problem Zuwanderung: Skala auf der Basis der Faktorenwerte für die Items „Es macht mir Angst, dass viele Flüchtlinge kommen; Den meisten Asylbewerbern, die nach Deutschland kommen, geht es gar nicht um Schutz und Sicherheit, sondern um ein besseres wirtschaftliches Leben; Man sollte an den Grenzen Österreichs einen Zaun bauen, um Flüchtlinge abzuhalten; Der Islam ist eine Bedrohung für Deutschland; Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden; Der Bau von Moscheen sollte in Deutschland verboten werden.“ [Hoher Wert auf Skala =Zuwanderung als Problem]

kundären Bedeutung zu sein (was u.U. eine Ursache darin haben könnte, dass die Mehrheit der Pegida-Teilnehmer früher CDU wählte (Reuband 2017) und sich ihre Entfremdung nicht allein auf die Thematik der Zuwanderungspolitik beschränkt).

Was die selbstverbalisierten Motive des Protests angeht, so kann man bei ihnen nahezu keinen Einfluss erkennen: mit Ausnahme eines Effekts auf CDU und FDP. Bei beiden wirkt sich die Thematisierung der Unzufriedenheit mit der Politik auf die Bewertung negativ aus. Dass die CDU als stärkste Regierungspartei davon betroffen ist, verwundert nicht, verwunderlich ist vielmehr die Stellung der FDP. Womöglich wird sie – weil sie früher an der Regierung beteiligt war – von den Pegida-Befragten nach wie vor in gewissem Umfang mit der etablierten Politik gleichgesetzt (auch wenn die FDP in der Frage der Zuwanderung inzwischen eher kritische Positionen einnimmt). Vielleicht auch hat es etwas mit dem Image der Partei zu tun, einer spezifischen Klientel zugewandt zu sein und Unternehmerinteressen zu vertreten.

Dass die selbstberichteten Motive keinen oder allenfalls sekundären Einfluss ausüben, ist nicht auf die Thematik der Parteienbewertung beschränkt. Wählt man die Stärke der Pegida-Bindung und die Bereitschaft zur Fortsetzung des Protests als abhängige Variable²², wiederholt sich das zuvor beschriebene Muster: die selbstverbalisierten Gründe erweisen sich gegenüber dem Einfluss der standardisierten Skala als wenig aussagekräftig. Wenn es einen Einfluss gibt, dann sind es die Variablen für Politikverdrossenheit und die Zuwandererthematik. Dies muss nicht ausschließen, dass es bei anderen Themen und anderen abhängigen Variablen anders sein könnte und den selbstberichteten Gründen ein größerer Stellenwert zukommt. Doch dazu liegen keine Analysen vor.

6. Schlussbemerkungen

Was bleibt als Fazit? Fragt man die Teilnehmer des Pegida-Protests nach den Gründen ihrer Teilnahme, so werden mehrheitlich Fragen der Asylpolitik und der Zuwanderung genannt. Ergänzend kommt politische Unzufriedenheit hinzu. Eine Dominanz politischer Unzufriedenheit ohne Asyl- oder Zuwanderungsbezug findet sich unter den Motiven jedoch nicht.

Die selbstverbalisierten Motive der Teilnehmer erwiesen sich im hier betrachteten Zeitraum als weitgehend stabil. Trotz gestiegener Probleme und Wahrnehmung einer „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 blieben die jeweiligen Antwortmuster im Wesentlichen bestehen. Ein-

²² Die Frage lautete hier „Wie groß ist Ihre Bereitschaft auch in der Zukunft an Pegida-Kundgebungen teilzunehmen?“ (mit fünf Antwortvorgaben zwischen „sehr groß“ und „überhaupt nicht“) sowie in Form eines Statements „Ich fühle mich Pegida eng verbunden“ (mit vierstufiger Skala). Die Fragen wurden sowohl einzeln als auch in Kombination mit den unabhängigen Variablen verrechnet.

zig in der Kategorie „Identitätsverlust/Überfremdung“ war ein leichter Anstieg in der Zahl der Nennungen zu verzeichnen.

Was von den Befragten in der offenen Frage als Beweggrund ihres Protests angegeben wird, sagt wenig über die Verbreitung der entsprechenden Einstellungen aus. Auch wenn es nicht mehr als ein Viertel der Befragten ist, das sich explizit auf den Islam als Grund ihres Pegida-Engagements bezieht, liegt doch die Zahl derer, die den Islam als Bedrohung wahrnehmen, beträchtlich höher. Die Einstellungen der Befragten bilden offensichtlich eine kognitive Ressource, auf die selektiv zurückgegriffen wird. Was als Motiv ihrer Teilnahme aufgeführt wird, stellt letztlich nur einen Ausschnitt ihres „belief systems“ dar: eine spezifische Akzentuierung und Gewichtung unter dem Aspekt subjektiver Bedeutsamkeit in der Interviewsituation.

Inwieweit die Pegida-Teilnehmer in der Frage des Zusammenhangs von selbstverbalisierten Motiven und Einstellungen einen Sonderfall darstellen, ist eine offene Frage. Je homogener die Ablehnung von etablierter Politik und Zuwanderung ausgeprägt ist, desto beliebiger könnte es sein, was als Begründung für das eigene Engagement vorgebracht wird: weil man letztlich das Gleiche meint, auch wenn man es sprachlich oder auf der Abstraktionsebene anders fasst. In Populationen mit einer größeren Variationsbreite der Meinungen stellt sich das Verhältnis womöglich anders dar, stehen die selbstberichteten Gründe stärker mit den Einstellungen in Beziehung. Desgleichen könnte dies der Fall sein, wenn es sich um weniger politisierte Themen handelt und die Zentralität der Thematik stärker innerhalb der Population variiert.

Die Bewertung der etablierten Parteien auf dem Parteienskalometer wird durch die Einstellungen zur Zuwanderung und politischen Unzufriedenheit stärker beeinflusst als durch die Antworten auf die offen gehaltene Frage nach den Gründen der Teilnahme. Dies spricht dafür, dass selbstverbalisierte Motive subjektiv gesehen einen wichtigen Aspekt im Bezugsrahmen der Befragten repräsentieren können, sich die Struktur der relevanten Einstellungen jedoch oft eher über standardisierte Fragen erschließen lässt.²³ Die Tatsache, dass die selbstverbalisierten

²³ Dies schließt andersgeartete Einblicke bei qualitativen Interviews und Fokus Gruppen nicht aus. Sie erschließen eher die differenzierten Sichtweisen der Befragten und lassen - wenn entsprechend vertiefend nachgefragt wird - die Dimensionalität und Bedeutsamkeit von Einstellungen für das Handeln erkennen. Im Rahmen einer standardisierten Befragung mit offenen Fragen ist die Situation jedoch offenbar eine andere.

Motive zumindest gelegentlich einen Einfluss ausüben, ist andererseits ein Hinweis dafür, dass es falsch wäre, sie bei Analysen von vornherein aus der Betrachtung auszuklammern.

Literaturverzeichnis

Berger, R., Poppe, S. und M. Schuh (2016): Everything counts in large amounts, in: K.-S. Rehberg, F. Kunz und T. Schlinzig, Hrsg., Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung. Analysen im Überblick. Bielefeld, S.113-146

Geiges, L., Marg, S. und F. Walter (2015): PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft. Bielefeld

Kadushin, Ch. (1968): Reason analysis, in: D. Sills, Hrsg., Encyclopedia of the Social Sciences. Bd. 13, 2. Aufl. New York, S. 338-343

Lazarsfeld, P.F. (1935): The art of asking why: three principles understanding the formulation of questionnaires, in: National Marketing Review, 1, S. 32-43 (wieder abgedruckt in: D. Katz et al., Hrsg., Public Opinion and Propaganda. New York 1954)

Patzelt, W. (2016): Wer sind und wie denken Pegidianaer?, in: W. Patzelt und J. Klose, Hrsg. Pegida – Warnsignale aus Dresden. Dresden, S. 149-293

Patzelt, W. (2018): Pegida Demonstranten und Deutschlands Demokratie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49, Heft 1, S. 111-128

Reuband, K.H. (2008): Kosten – Interessen – Lebensstil. Warum Opernliebhaber nicht häufiger in die Oper gehen und andere die Oper meiden, in: Stadtforschung und Statistik. Zeitschrift des Verbandes deutscher Städtestatistiker, Heft 1, S. 24-30

Reuband, K.H. (2015): Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung 21, S. 133-143

Reuband, K.H. (2016a): Pegida im Wandel? Soziale Rekrutierung, politisches Selbstverständnis und Parteipräferenzen der Kundgebungsteilnehmer, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung 22, S. 52-69

Reuband, K.H. (2016b): Außenseiter oder Repräsentanten der Mehrheit? Selbst- und Fremdwahrnehmung der Teilnehmer von PEGIDA-Kundgebungen, in: K.-S. Rehberg, F. Kunz und T. Schlinzig, Hrsg., PEGIDA. Bielefeld, S. 165-188

Reuband, K.H. (2017): Die Dynamik des Pegida Protests. Der Einfluss von Ereignissen und bewegungsspezifischer Mobilisierung auf Teilnehmerzahlen

len und Teilnehmerzusammensetzung, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 23, S. 112-130

Reuband, K.H. (2018): Pegida im „Tal der Ahnungslosen“. Demokratievorstellungen der Bürger in Dresden, in Düsseldorf und unter den Teilnehmern des Pegida-Protests, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49, Heft 1, S. 129-147

Rucht, D. et al. (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. IPS Working Paper, https://protestinstitut.eu/wp.../protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf [Stand: 03.04.2018]

Schuman, H. (2011): Method and meaning in polls and surveys. Cambridge und London

Thomas, W.I. (1965/1928): Person und Sozialverhalten. Neuwied

Vorländer, H., H. Maik und S. Schäller (2015): Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung zu PEGIDA-Demonstrationen in Dresden. Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung 1/2015. Dresden

Vorländer, H., H. Maik und S. Schäller (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden